

Neuer Abschiebeterminal am Münchner Flughafen? Nein. Danke!

Als Mitarbeiterin des Münchner Flüchtlingsrats und Mitinitiatorin der Kampagne *Abschiebeterminal Muc verhindern* berichtet Hannah Sommer über den Stand der Planungen des Münchner Abschiebeterminals und was jetzt noch gegen den Bau unternommen werden kann.

Am Münchner Flughafen soll ein Abschiebeterminal gebaut werden. Was genau bedeutet das?

Auch jetzt schon finden Abschiebungen vom Münchner Flughafen aus statt, aktuell über Terminal 1. Es gibt am Münchner Flughafen die kombinierte Transit- und Abschiebungshafteinrichtung, kurz KTA genannt. Jetzt geht es aber nicht darum, mehr Haftplätze für Geflüchtete in der KTA zu schaffen, sondern wirklich ein eigenes Terminal zu bauen, nur für Abschiebungen, mit einem direkten Zugang zum Rollfeld. Damit werden Abschiebungen noch isolierter vom Rest des Flughafenbetriebs stattfinden können als es ohnehin schon der Fall ist.

Abschiebungen sind bereits jetzt an diesem Ort eine ziemliche Blackbox. Am Münchner Flughafen gibt es kein unabhängiges Abschiebemonitoring wie an anderen deutschen Flughäfen, um Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren.

Wann soll das Terminal in Betrieb gehen?

Die Inbetriebnahme des Abschiebeterminals soll nach bisherigen Plänen 2028 erfolgen. Bisher haben wir die Information, dass es damit möglich sein soll, bis zu 100 Personen am Tag abzuschicken und zusätzlich noch zwei Charterflüge pro Tag stattfinden sollen. Auch wenn das maximale Zahlen

sein sollen und davon auszugehen ist, dass es nicht jeden Tag so viele Abschiebungen geben wird, ist das eine politische Absichtserklärung, wohin die Entwicklung geht, und damit wird auch eine dauerhafte Infrastruktur für eine Ausweitung von Abschiebungen geschaffen.

Vor dem Hintergrund von zunehmenden europäischen Kooperationen bei Abschiebungen besteht die reale Möglichkeit, dass dann München zukünftig auch eine zentrale Rolle als Abschiebestadt einnimmt. Auf EU-Ebene wird diskutiert, noch mehr Abschiebungen per Charter zwischen den EU-Mitgliedstaaten gemeinsam durchzuführen, was ja



auch aktuell schon passiert, und da befürchten wir, dass genau dafür eine bauliche Infrastruktur geschaffen werden soll.

Wie viele Menschen schiebt Deutschland aktuell ab?

Im Jahr 2025 gab es rund 22.700 Abschiebungen aus Deutschland, im Schnitt wurden also 62 Personen pro Tag abgeschoben. Allein durch das Abschiebeterminal in München käme es dann zu einer immensen Steigerung. Mit der Kampagne wollen wir auch darüber aufklären, was bereits jetzt passiert: Dass zum Beispiel 2025 jede sechste abgeschobene Person minderjährig war, also sehr viele Kinder und Jugendliche von Abschiebung bedroht sind; dass vermehrt aus Krankenhäusern und Schulen abgeschoben wird und dass es zu Familientrennungen

kommt. All das, was es jetzt schon gibt, wird sich durch die Politik, die hinter diesem Vorhaben eines eigenen Abschiebeterminals steht, noch weiter verschärfen.

Wie weit sind die Planungen bereits vorangeschritten?

Im Juli 2022 hat die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die BIMA, den Auftrag bekommen, die Möglichkeit für ein eigenes Abschiebeterminal zu erkunden. Die BIMA hat dann ein geeignetes Grundstück vorgeschlagen, das Eigentum der Flughafen München GmbH ist. In der Folge beauftragte die BIMA die Flughafen München GmbH, eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Diese wurde im April 2025 abgeschlossen. Dann kam es zu einer Abstimmung zwischen der Flughafen München GmbH und der Regierung von Oberbayern über die

Genehmigung. Die Planung der Regierung ist jedoch ins Stolpern geraten, weil das Grundstück, das sie rausgesucht haben, sich auf dem Gelände der Stadt Freising befindet. Im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses im Sommer 2025 lehnte der Stadtrat der Stadt Freising die Durchführung der Baumaßnahmen ab. Daraufhin hat die Regierung von Oberbayern ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet, um das Veto auszuhebeln.

Eigentlich sollte schon 2025 im Aufsichtsrat der Flughafen München GmbH über den Bau abgestimmt werden. Das hat sich jedoch nach hinten verschoben. Wir gehen davon aus, dass das im ersten Quartal 2026 passiert sein könnte. Informationen dazu fehlen uns bislang.



Am Gärtnersplatz in München versammeln sich Mitte März 2026 an die 2500 Demonstrant*innen, um gegen das geplante Abschiebeterminal zu demonstrieren.

Gibt es noch Interventionsmöglichkeiten, den Bau zu verhindern?

Im Rahmen dieses Planfeststellungsverfahrens gab es bis Ende März 2026 die Möglichkeit, als Einzelperson Einwendungen oder als anerkannte Vereinigung, wie zum Beispiel Umweltschutzverbände, Stellungnahmen einzubringen. Genauere Infos dazu findet ihr auch auf unserer Homepage. Ist dem Planfeststellungsverfahren inzwischen bereits zugestimmt, wäre es außerdem möglich, Klagen gegen diesen Beschluss einzureichen. Das können dann beispielsweise anerkannte Umweltverbände machen. Sollte die Entscheidung in der Aufsichtsratssitzung der München GmbH jedoch bislang noch nicht stattgefunden haben, könnte man noch mehr politischen Druck erzeugen. Insgesamt geht es natürlich darum, sich auf politischer

Ebene gegen die immer weiter forcierte und als alternativlos dargestellte Abschiebepolitik einzusetzen.

Wer sitzt alles im Aufsichtsrat und sind die Mitglieder öffentlich bekannt?

Ja. Wer drinnen sitzt, ist öffentlich bekannt. Die Stadt München hat auch Anteile an der Flughafen München GmbH, nämlich 23 Prozent. Und von den 16 Sitzen im Aufsichtsrat hat auch die Landeshauptstadt München zwei Sitze inne: einmal der Wirtschaftsreferent Christian Scharpf und der Oberbürgermeister der Stadt München, ehemals Dieter Reiter, seit April 2026 Dominik Krause.

Wisst ihr, wie Dominik Krause sich zu den Planungen verhält?

Wir haben die begründete Hoffnung, dass sich Dominik Krause gegen das geplante Abschiebeterminal positioniert, im Gegensatz zu Dieter Reiter, der sich schon letzten Sommer positiv zu dem Bau äußerte. Falls die Abstimmung also noch nicht stattgefunden hat, ist die Chance schon sehr groß, dass der neue Oberbürgermeister dagegen stimmen wird. Und es gäbe dadurch auch nochmal eine neue Möglichkeit, dass er im Aufsichtsrat Überzeugungsarbeit leisten könnte, warum ein Bau abzulehnen ist.

Gibt es in anderen Städten vergleichbare Einrichtungen oder Planungen dazu?

Ja. Tatsächlich plant man gerade ähnliche Abschiebeterminals am Flughafen Frankfurt am Main und am Flughafen Berlin-Brandenburg.



Die Demonstration auf dem Weg durch die Innenstadt am Oberanger entlang Richtung Marienplatz.

Das zeigt, finde ich, die Dimension, in welche Richtung es politisch bei Abschiebungen gerade geht, also dass es hier nicht nur um lokale Phänomene geht. In Berlin Brandenburg gab es auch ein Protestcamp gegen das geplante Abschiebeterminal.

Kannst du eure Kampagne in München gegen den Bau vorstellen?

Ja, gern: Als die Stadt Freising im Sommer 2025 ihr Veto gegen den Bau eingelegt hatte, gab es vermehrt Berichterstattungen über die Planungen. Verschiedene Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen aus München haben sich daraufhin zusammengefunden, um Widerstand zu organisieren. Wir sehen die Planungen im Zusammenhang mit dem jetzigen gesellschaftlichen Klima von

verstärktem Rechtsruck, autoritären Entwicklungen und massiven Einschränkungen des Asylrechts.

An der Demonstration haben

über 2500

Menschen teilgenommen

Wir haben einen öffentlichen Appell geschrieben, zunächst an die Stadt München, vor dem Hintergrund, dass die Stadt München auch Anteile an der

Flughafen München GmbH hat und im Aufsichtsrat vertreten ist. Inzwischen haben den Appell über 100 Organisationen und Initiativen und über 1000 Einzelpersonen unterzeichnet und fordern damit konkret, das Abschiebeterminal zu verhindern. Das ist ein klares Bekenntnis zu München als solidarische Stadt für alle und sicherem Hafen.

Wie ging es weiter?

Im Februar 2026 hatten wir die Kick-Off-Veranstaltung der Kampagne „Abschiebeterminal MUC Verhindern“, die sehr gut besucht war. Das heißt, es gibt ein großes Interesse in der Bevölkerung, mehr darüber zu erfahren. Mitte März haben wir eine Demo organisiert und dabei noch einmal unsere Forderungen vor das Rathaus getragen. Mit mehr als 2500 Teilnehmenden war das eine



sehr kraftvolle Aktion, die ein klares Zeichen gegen das Abschiebeterminal und für eine offene solidarische Stadtgesellschaft gesetzt hat.

Was sind eure Pläne, wie soll es weitergehen?

Wir haben uns mit Aktiven in Freising vernetzt, weil dort der Bau geplant ist. Und auch dort haben wir eine Infoveranstaltung gemacht, die auf großes Interesse gestoßen ist. Demnächst soll auch eine Demonstration stattfinden und das Thema mehr in die Freisinger Stadtgesellschaft reingetragen werden.

Insgesamt wollen wir mehr Öffentlichkeit schaffen und auf einer politischen Ebene schauen, ob man mit dem neuen grünen Münchner Oberbürgermeister noch mal mehr ins Gespräch kommen kann. Wir

wollen das öffentliche Interesse und den politischen Druck mit verschiedenen Aktionsformen aufrechterhalten.

Konkret können alle Menschen die Kampagne unterstützen: Unterzeichnet den Appell und verbreitet die Informationen und haltet euch auf dem Laufenden über die Kampagne auf unseren Social-Media Kanälen und unserer Website und kommt zu unseren Aktionen.<

Das Gespräch führte Agnes Andrae Anfang April 2026.

Die Kampagne Abschiebeterminal Muc verhindern findet ihr auf instagram unter @abschiebeterminalmucverhindern oder unter abschiebeterminal-verhindern.de